



ROTSSTIFT

Mitteilungsblatt des SPD-Ortvereins Pappenheim

Ausgabe 53

Jahreswende 2006/2007

Die Republikaner in Pappenheim

Werte Leserinnen und Leser,

die Republikaner haben in den letzten Monaten durch verschiedene Aktionen und Vorwürfe versucht, Unruhe in die Pappenheimer Parteienlandschaft zu bringen. Ob es ihnen gelungen ist, können Sie, Werte Leserinnen und Leser, selbst am besten beurteilen. In Anfang September verteilten Flugblättern wurde angekündigt, am 9. September 2006 die Pappenheimer über „die Machenschaften des Pappenheimer Bürgermeisters und des Stadtrates, welcher die Rechte der nicht im Stadtrat vertretenen Parteien aushebelt“ zu informieren und über das „seltsame Demokratieverständnis der sogenannten Demokraten“ aufzuklären.

Ich möchte Sie deshalb im folgenden Beitrag kurz darüber in Kenntnis setzen, was passiert ist:

Im Februar 2006 beantragte die Schriftführerin des Kreisverbandes Weißenburg der Republikaner für den 9. September 2006 von 9 bis 12 Uhr das Aufstellen eines Informationsstandes in Pappenheim, ohne genaue Ortsangabe. Nach einer seit vielen Jahren bestehenden und bewährten Übung, Infostände nur in Wahlkampfzeiten zuzulassen, habe ich den Infostand abgelehnt und nach nochmaliger Anfrage die Ablehnung dementsprechend begründet.

Gleichzeitig habe ich darauf hingewiesen, dass ich, dieser Übung folgend, auch den Republikanern am 16. Juli 2005 (vor der Bundestagswahl) einen Info-Stand in Pappenheim genehmigt habe und dieser auch genutzt wurde. Im verteilten Wurfzettel wurde dieser Hinweis bewusst weggelassen – warum wohl? Die Republikaner haben dann, wie eingangs geschrieben, anstelle des nicht genehmigten Info-Standes

des am 9. September die Pappenheimer „aufgeklärt“, die Burg „erobert“ und sich auf dem Burgturm ablichten lassen. In das Foto wurde dann nachträglich mittels Fotomontage die REP-Fahne eingearbeitet. Ist dies die Aufklärungs- und Informationspolitik einer demokratischen Partei? Für mich nicht! Mir haben auch die Anträge und die haltlosen Vorwürfe, entgegen den Behauptungen, keinerlei Magenschmerzen bereitet. Die Polizei hat von der geplanten Aktion Kenntnis erlangt und bei der Verwaltung nach der Genehmigung für eine Sondernutzung gefragt, Staatsschutz und Kripo wurden keineswegs von der Verwaltung mobilisiert.

Am 10. Oktober 2006 beantragte der Kreis- und Landesverband der REP erneut eine Informationsveranstaltung mit Info-Stand zum Thema Windkraft am 28. Oktober. Der Stadtrat hat daraufhin in der Sitzung am 14. Oktober 2006 den Vorschlag der Verwaltung, die bisherige Übung, nur zu Wahlkampfzeiten Info-Stände zuzulassen, mehrheitlich abgelehnt. Nun haben alle Parteien jederzeit die Möglichkeit, Info-Stände auf öffentlichem Grund zu beantragen. Der Bürgermeister und die Verwaltung werden jeden Einzelfall nach pflichtgemäßen Ermessen entscheiden, denn nach Artikel 18 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes besteht kein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Sondernutzung zur Aufstellung eines Info-Standes.

Der beantragte Info-Stand wurde von mir genehmigt. Gerichtliche Auseinandersetzungen, wie vom REP-Vorsitzenden angedeutet, sind deshalb in Pappenheim nicht notwendig, und ich meine, dies ist gut so.

Peter Krauß, Erster Bürgermeister

SPD-Vorsitzender Kurt Beck: Mit den Kirchen im Dialog

Mit dem gemeinsamen Wort „Demokratie braucht Tugenden“ der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft des demokratischen Gemeinwesens werden alle am demokratischen Prozess Beteiligte zur Übernahme von Verantwortung aufgerufen. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck begrüßte, dass die Kirchen ihre „politisch-diakonische Verantwortung“ wahrnehmen und bekräftigte: „Demokratie ist nicht selbstverständlich, sondern muss beständig neu gestaltet werden. Demokratie braucht starke Institutionen – aber genauso braucht sie starke Demokratinnen und Demokraten“, betonte Beck. Demokratie sei auch nur dann stark, wenn starke Parteien zur politischen Willensbildung beitragen. Darauf hatten auch die Kirchen hingewiesen. Beck hob zudem die Bedeutung fester, unverbrüchlicher Werte in Zeiten gesellschaftlichen Wandels hervor, die die Grundlage politischen Handelns seien. Auf der Basis der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gelte es, „unsere Demokratie lebendig zu halten“. Der SPD-Vorsitzende setzt daher weiter auf einen engen Dialog mit den Kirchen: „Der kritische Einspruch von Christinnen und Christen und das Gespräch mit den Kirchen ist für mich ein unverzichtbarer Beitrag zur demokratischen Kultur unserer freiheitlichen Gesellschaft.“

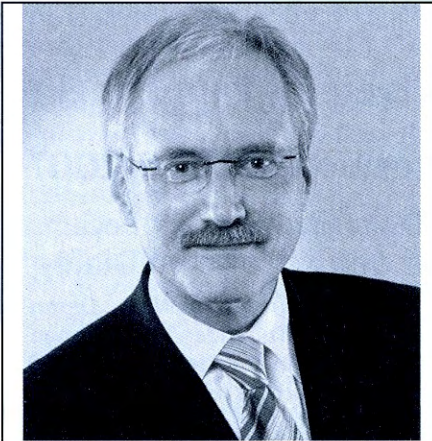
*Siehe auch
Seite 4 „Das
politische
Ehrenamt“*

Bayern

SPD

Die SPD versteckt sich nicht in der Koalition!

„Warum die Regierung sich kleiner macht, als sie ist“, titelte kürzlich eine Berliner Zeitung. Dieses „sich klein machen“ könnte auch auf andere Ebenen ausgedehnt werden, z. B. auf die Parteien, die die Koalition tragen. Dabei lässt sich doch eines gewiss nicht abstreiten: Ein kräftiges wirtschaftliches Wachstum zieht auch die Schaffung von Arbeitsplätzen nach sich, es gibt einen



Günter Gloser MdB, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Abgeordneter des Wahlkreises Nürnberg-Nord, betreut im Wahlkreis Ansbach die Stadt Ansbach sowie den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen.
Büro: Triesdorfer Str. 21, 91522 Ansbach, T 0981-9776467, Fax 0981-64886 Mobil: 0174-6167166, E-Mail an-wug@guenter-gloser.de
Bürozeiten: Jeden 1. + 3. Di. im Monat 10-15 Uhr; außerdem jeden 2. + 4. Fr. im Monat 14-17 Uhr im Büro Christa Naaß, Nürnberger Str. 39, 91710 Gunzenhausen, T 09831-612996, Fax 09831-612997

Rückgang der Arbeitslosigkeit. Natürlich kann dieser Trend uns noch nicht zufrieden stellen. Daneben steigen auch die Steuereinnahmen, nicht nur des Bundes, sondern vor allem auch der Kommunen. Endlich müssen wir uns auch nicht mehr mit dem Defizitverfahren der EU-Kommission herumschlagen. Das so genannte Drei-Prozent-Verschuldungskriterium werden wir in diesem und im nächsten Jahr deutlich unterschreiten.

Aber dies alles ist, wie wir ja feststellen, nur ein Zwischenschritt, wenn auch ein wichtiger. Andererseits hat diese Koalition eine Vielzahl von Investitionen auf den Weg gebracht und verstetigt. Man denke nur an die Bereiche Wissenschaft und Forschung, an die Verkehrsinfrastruktur oder das Gebäudesanierungsprogramm.

Auf anderen Feldern, wie zum Beispiel der Familienpolitik, erntet die Republik jetzt die Saat der vormaligen rot-grünen Koalition. Ein Projekt, das wir im Wahlkampf als ein wichtiges Ziel propagiert hatten, ist umgesetzt: Das Elterngeld ist ein greifbarer Fortschritt!

In der Außenpolitik ist unsere sozialdemokratische Handschrift deutlich ablesbar. Die Politik hat es in der Hand, Beziehungen zu gestalten und zur Konfliktlösung beizutragen. Sicherheit durch internationale Vernetzung bleibt daher das Leitmotiv unserer Außenpolitik. Während unserer EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 werden wir mit unseren Partnern diesen Weg fortsetzen.

Natürlich will ich Themen wie „Gesundheitsreform“ und „Rentenreform“ nicht aussparen. Ich hätte mir natürlich sowohl inhaltlich wie beim Verlauf der Debatte weitere Korrekturen erhofft. Aber hat jemand wirklich ernsthaft geglaubt, die

SPD könne ihr Modell einer „Bürgerversicherung“ zu hundert Prozent in einer großen Koalition durchsetzen? Und es gilt natürlich auch umgekehrt: Die Kopfpauschalen- und Draufzahlmodelle der Union waren mit uns nicht zu machen! Die nicht zu beantwortende Frage bleibt bestehen: Hätten wir unser Modell in einer anderen Regierungskonstellation durchsetzen können? Angesichts der vorausgegangenen Debatten habe ich auch daran Zweifel.

Auch die Anhebung des Renteneintrittsalters ist vielfach kritisiert worden. Wie aber sollen wir uns angesichts der Bevölkerungsentwicklung und längeren Lebenserwartung verhalten?

Natürlich müssen auch die Arbeitgeber ihrer Verantwortung gegenüber älteren Beschäftigten gerecht werden. Einen „Freikauf“ mit steuerlichen Mitteln darf es nicht geben. Die notwendigen Schritte erfolgen in zeitlich gerechten Etappen, die künftige Rentnergeneration wird nicht überbelastet. Die demographische Entwicklung ist im Übrigen auch ein Thema auf europäischer Ebene.

Dies ist sicher keine vollständige Zwischenbilanz. Auf wichtigen Feldern aber wurden die Weichen richtig gestellt. Manchen Themen müssten sicher der Bevölkerung intensiver vermittelt werden. Durchsichtig ist freilich das Spiel der CDU/CSU-Länderfürsten (zumindest der Herren Stoiber und Rüttgers), die da meinen, ihr besonderes Süppchen kochen zu können und in das alte Muster der Blockierer und Besserwisser zurückfallen. Dieses Doppelspiel von Stoiber müssen gerade wir als bayerische Sozialdemokraten verhindern. Stoiber kann nicht Brandstifter und Feuerwehrmann gleichzeitig spielen!

Christian Keller aus Gunzenhausen ist der neue Vorsitzende der Kreis-Jusos

Zahlreiche SPD-Prominenz war gekommen – die Landtagsabgeordnete und Bezirksvorsitzende Christa Naaß, Unterbezirksvorsitzende Helga Koch und ihre Stellvertreterin Heidi Koch, der Treuchtlinger Ortsvereinsvorsitzende Stefan Fischer, von den Jusos der stv. Landesvorsitzende Bernhard Meyer, der stv. Bezirksvorsitzende Victor Strogies und der Unterbezirksvorsitzende Benny Kießling – als im November Neuwahlen des Juso-Kreisvorstandes stattfanden. Christian Keller aus Gunzenhausen wurde zum Vorsitzenden der Kreis-Jusos Weißenburg-Gunzenhausen gewählt. Seine Stellvertreter wurden Maria Güllich (Solnhofen) und Marc Bleicher (Treuchtlingen). Harald Dösel (Weißenburg) übernimmt das Amt des Pressesprechers, Sven Beierlein, ebenfalls Weißenburg, das des Internetbeauftragten; Lena Schuster (Trommetsheim) und Andreas Matsche (Langenaltheim) sind Beisitzer.

Kreisvorsitzende Christa Naaß bezeichnete die Konstituierung der Jusos auf Kreisebene als einen wichtigen Tag für die Kreis-SPD, denn die Jusos repräsentieren über 10 Prozent der SPD-Mitglieder im Landkreis. „Bei der SPD gibt es kein gegeneinander Ausspielen der Generationen, sondern ein Miteinander zwischen Jung und Alt“, so die Landtagsabgeordnete auch im Hinblick auf den populistischen CDU-Vorschlag, den Arbeitslosengeldbezug für Jüngere zu kürzen, um ihn für Ältere länger zu gewähren.

„Es ist unbedingt erforderlich, dass die Jugend sich aktiv politisch engagiert, denn die jetzige Generation würde die Ressourcen der Erde nur ‚aufessen‘ und nichts für die nachfolgenden Generationen übrig lassen“ – so ein Zitat von Helga Koch aus dem Buch „Das Methusalem-Komplott“. Immer weniger junge Menschen interessieren sich für Politik – das müsse sich ändern, und dazu sei die heutige Juso-Wahl

ein guter Einstieg, denn Gleichaltrige könnten Ziele besser vermitteln und zum Mitmachen motivieren.

„Ein Hauptziel ist deshalb“, so der frischgebackene Vorsitzende Christian Keller, „Jugendliche mehr anzusprechen und sie aktiv in die Politik einzubinden. Man muss über das reden, was ihnen auf dem Herzen liegt, z. B. Freizeitmöglichkeiten, Gewalt an Schulen, Vandalismus oder Betreuung und Hilfe bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Das heißt aber nicht, dass wir Jusos nur für die unter 35-jährigen Ansprechpartner sind“, versicherte der 23-Jährige. „Die Zusammenarbeit mit der älteren Generation ist ebenso ein Ziel für die künftige Arbeit wie das Thema Bildungspolitik.“ „Alt-Juso-Kreisvorsitzender“ Stefan Fischer gab den Jungsozialisten denn auch den Rat: „Ihr seid nicht das Anhängsel der SPD – bearbeitet eigenständig die Themen, die ihr für wichtig erachtet!“

Fortsetzung auf S. 3 unten

SPD-Landtagsabgeordnete Christa Naaß:

Staatsregierung kürzt zu Lasten von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen

Die Bayerische Staatsregierung hat das soziale Bayern in den letzten Jahren Schritt um Schritt abgebaut und damit die sozialen Spaltungen im Freistaat vertieft. Diese soziale Abbruchpolitik setzt sich nach dem Willen der CSU-Mehrheit im Doppelhaushalt 2007/2008 fort: Opfer sind vor allem die Pflegebedürftigen, bei denen 29 Millionen Euro eingespart werden, und die Menschen mit Behinderung, bei denen 43 Millionen Euro in beiden Jahren gekürzt werden. Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftigen in Heimen sollten mit den Sozialgesetzen des Bundes, insbesondere dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) die Chance erhalten, möglichst frei von Sozialhilfe ihren Lebensunterhalt gestalten zu können. Mit dem Rückzug aus der Finanzierung für Neubau und Modernisierung von Heimen, treibt die Staatsregierung diese Menschen wieder in die alte Abhängigkeit, weil die Heimkosten durch die Kapitalmarktfinanzierung der notwendigen Investitionen um voraussichtlich 130 Euro monatlich steigen werden. Das ist die Verabschiedung aus der staatlichen Verantwortung.

Die SPD will der Förderung von Kindertagesstätten einen besonderen Vorrang einräumen. Mit den von der CSU durchgesetzten neuen Kindertagesstätten-Finanzierung ist den Krippen, Kindergärten und Horten ein so enges Finanzingskorsett übergestülpt worden, dass die Integration von Kindern mit Sprachdefiziten oder mit Behinderung kaum gelingen kann und Chancengleichheit schon von Anfang an vereitelt wird. Die SPD will deshalb mehr Geld für diese Kinder ausgeben und das letzte Kindergartenjahr für die Eltern kostenfrei stellen.

Ferner fordert die SPD einen neuen Sozialbericht als notwendige Voraussetzung für eine wirksame Armutsbekämpfung. Auch in Bayern geraten immer mehr Menschen in die Schuldenfalle. Deshalb ist es notwendig, die Insolvenzberatungsstellen der Träger der freien Wohlfahrtspflege so auszustatten, dass sie wirksame Hilfe leisten.

Sozialpolitik muss wieder mehr gestalten und der sozialen Spaltung entgegen wirken, anstatt immer mehr zu kürzen und den Mangel zu verwalten, wie es die Staatsregierung seit Jahren praktiziert.



Grund- und Hauptschulen gehen bei Zusatz-Planstellen leer aus

Wie die Staatsregierung die Grund- und Hauptschulen sträflich vernachlässigt, ist an Hand folgender Zahlen ersichtlich: Im Haushalt 2007/2008 werden 784 zusätzliche Stellen geschaffen. Davon erhalten im Jahr 2007 die Förderschulen 18, die Realschulen 286, die Gymnasien 217 und diverse Schulen 79 Stellen. Im Haushaltsjahr 2008 bekommen die Realschulen 100 Stellen, die Gymnasien 84 Stellen. Grund- und Hauptschulen gehen leer aus. Dies ergab die Antwort des Kultusministeriums auf die mündliche Anfrage der SPD-Fraktion. Alle Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschule, die die Staatsregierung vorschlägt, sind somit reine Lippenbekennnisse und dienen lediglich zur Beruhigung des Volkes. In Wahrheit werden die Hauptschulen an die Wand gefahren. Dies geht einher mit der Absicht der Staatsregierung, die einzügige Hauptschulen zu schließen bzw. zu großen Schulstandorten zusammenzufassen. Dies ist reine Sparpolitik auf dem Rücken der Grund- und Hauptschüler. Nahezu 5000 Schülerinnen und Schüler verlassen derzeit die Hauptschule ohne Schulabschluss, rund neun Prozent der Schülerinnen und Schüler. Vorrangiges Ziel müsste es sein, diese Quote deutlich zu reduzieren. Eine Möglichkeit ist eine verbesserte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in kleineren Klassen. Das ist aber ohne ausreichend Lehrerinnen und Lehrer nicht möglich. Hinzu kommt, dass gerade in den Hauptschulen die gesundheitliche Belastung des Lehrpersonals immer mehr steigt.

Doppelhaushalt 2007/2008: Vorfahrt für Bildung

Vorfahrt für Bildung – so lautet eine zentrale Forderung der SPD-Landtagsfraktion bei den laufenden Beratungen des Haushaltsplanes 2007/2008. Denn nur mit mehr Investitionen in Schulen und andere Bildungseinrichtungen lassen sich die vielen Mängel des bayerischen Bildungswesens beheben. In einem umfangreichen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf der Staatsregierung führt die SPD-Fraktion die Bereiche auf, in denen finanzielle Anstrengungen notwendig sind, um Verbesserungen zu erreichen. Dazu gehören die Themen:

- Wohnortnahe Schule
- Mehr pädagogisches Personal und Verwaltungskräfte, bessere individuelle Förderung, kleinere Klassen
- Integration in den Schulen verbessern
- Flächendeckende Einführung von Ganztageschulen
- Sonderinvestitionsprogramm Ganztageschulen
- Sonderinvestitionsprogramm Schulhaussanierung
- Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten
- Innovationsfonds für innere Schulentwicklung
- Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit
- Lebenslanges Lernen realisieren

Im Wortlaut zum Herunterladen: http://www.bayernspd-landtag.de/download/PK06/061006DHH0708_Bipo.pdf

Kreis-Jusos: Kampf gegen Rechtsextremismus ist das erste große Projekt

Fortsetzung von S. 2:

Die erste öffentliche Veranstaltung der Kreis-Jusos unter dem Motto „Rechte Szene im Landkreis – gibt es so etwas?“ mit dem stv. SPD-Landesvorsitzenden MdL Florian Pronold fand bereits am 2. Dezember in Gunzenhausen statt. Für den nächsten Termin zum Thema Rechtsextremismus sind wiederum alle Interessierten eingeladen: Am Samstag, 6. Januar 2007, ist ein Besuch im Dokumentati-

onszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg geplant, für Teilnehmer bis 35 Jahre kostenlos (sonst 10 Euro). Anmeldung erforderlich unter T 09831-50365 oder eisbaerchen88@t-online.de; Abfahrt von den Bahnhöfen Gunzenhausen, Treuchtlingen und Weißenburg.

Ein Teil der neuen Kreis-Juso-Vorstand-schaft (v. links): Christian Keller, Andreas Matsche, Maria Güllich, Marc Bleicher, Sven Beierlein, Lena Schuster



Das politische Ehrenamt

Gedanken zur Arbeit ehrenamtlich Engagierter

Die Vorbereitungen für die Kommunalwahl 2008 sind in vollem Gange. Alle politischen Parteien sind auf der Suche nach geeigneten Kandidaten, die bereit sind, sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Doch was bedeutet Ehrenamt eigentlich? Es ist eine Chance für jeden einzelnen, sich einzumischen und mitzugestalten. Diese Form der aktiven Gestaltung unserer Gesellschaft ist historisch tief verwurzelt und lässt sich in Deutschland bis ins Mittelalter zurückverfolgen.

Heute sind in Deutschland 23 Millionen Menschen über 14 Jahren ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig (Quelle: Wikipedia).

Dabei sind es unterschiedlichste Motive, die Menschen bewegen, sich freiwillig zu engagieren. Dem Artikel „Freiwilligensurvey“ zufolge ist das Hauptmotiv, das Bedürfnis der Bürger/innen zur gesellschaftlichen Mitgestaltung. Dies trifft auch gerade auf Kommunalpolitiker zu. Weitere Motive, wie das Bedürfnis nach sozialen Kontakten und sozialer Einbindung vervollständigen die Beweggründe.

Von den Freiwilligen verlangt das Ehrenamt deshalb auch die Bereitschaft, Zeit zu investieren, vorwiegend in regelmäßigen Terminen und zeitlichen Verpflichtungen, am häufigsten am Abend.

Neben Zeit spielen auch inhaltliche Anforderungen eine Rolle, wie beispielsweise hohe Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit, Selbstlosigkeit, Organisationstalent, mit Menschen gut umgehen können und Fachwissen. Für politisch Ehrenamtliche stehen dabei Sozialkompetenzen im Vordergrund.

Vielen freiwillig Engagierten ist die berufliche, bezahlte Tätigkeit gemeinsam. Ehrenamt findet nach der Arbeit in der Freizeit statt – was im Einzelfall dazu führen kann, dass die zeitlichen Anforderungen beider Tätigkeiten

nur schwer miteinander zu vereinbaren sind.

Trotzdem empfinden die Ehrenamtlichen ihre freiwillig ausgeübte Tätigkeit als einen wichtigen oder sogar sehr wichtigen Teil ihres Lebens. Man investiert schließlich Zeit, Arbeit, teilweise auch Geld, Ideen, Emotionen und man muss damit rechnen, dass man außer Erfolgen auch Misserfolge haben wird. Auf Pappenheimer Kommunalpolitiker bezogen muss man noch drastischer sagen, es kann bis hin zur persönlichen Beleidigung gehen.

Die mangelnde Anerkennung der Tätigkeit führt zu persönlicher Unzufriedenheit, gepaart mit zeitlicher Überlastung. Alle Gründe sorgen für immer weniger Interesse am Ehrenamt. Immer weniger Bürger/innen haben Lust, sich in der Gesellschaft aktiv zu beteiligen. Dies wächst sich auch in Pappenheim in Vereinen, Kirchen und Parteien zum ernsthaften Problem aus.

Durch den direkten Einfluss auf die Lebenswirklichkeit der Menschen ist gerade politisches Ehrenamt unersetzlich und stärkt die Demokratie. Wir brauchen also Freiwillige, die bereit sind, Zeit, Arbeit und Ideen einzubringen. Dabei können alle Bevölkerungsteile etwas an der negativen Entwicklung ändern. Eine ordentliche, sachbezogene Auseinandersetzung kann für mehr Anerkennung der freiwilligen Arbeit sorgen. Auch wenn man unterschiedlicher Meinung ist, gehört ein respektvoller Umgang zum guten Ton. So können alle Bürger/innen motivierend auf ehrenamtlich Tätige wirken oder Interessierte für eine freiwillige Tätigkeit begeistern.

Anette Pappler

„Der Rotstift“, SPD-Ortsverein Pappenheim, V.i.S.d.P.: Andreas Widmann, Zimmern 63, 91788 Pappenheim



Der SPD-Ortsverein
Pappenheim lädt ein zum
traditionellen
Dreikönigs-
PREISSCHAFKOPF
am 6.1.2007 um 13.30 Uhr im
Gasthaus „Goldener Löwe“
Pappenheim

Veranstaltungskalender

Der SPD-Ortsverein stellte an den Stadtrat folgenden Antrag: *Der Stadtrat möge beschließen: In den offiziellen Veranstaltungskalender der Stadt Pappenheim werden Veranstaltungen aufgenommen, die für Pappenheimer Bürger bzw. Gäste der Stadt stattfinden, von Pappenheimer Bürgern oder Vereinen veranstaltet werden und nicht gegen bestehende Gesetze verstoßen. Der Veranstaltungsort ist ohne Bedeutung für die Aufnahme in den Veranstaltungskalender.*

Begründung: Das Engagement Pappenheimer Einwohner und Vereine, Veranstaltungen anzubieten und damit z. B. das kulturelle und sportliche Angebot der Stadt Pappenheim zu unterstützen und zu fördern, sollte möglichst vielen Pappenheimer Bürgern und Gästen der Stadt unterbreitet werden. Der Veranstaltungskalender der Stadt Pappenheim ist hierfür ein ideales Medium. Eine Beschränkung der Veröffentlichung auf Veranstaltungen in Pappenheim wirkt sich kontraproduktiv auf die Initiativen der Bürger und Vereine aus. Entscheidend sollte nicht der Veranstaltungsort sein, sondern die Tatsache, dass für Pappenheimer Bürger und Gäste Veranstaltungen angeboten werden. Nach intensiver Diskussion wurde zunächst darüber abgestimmt, ob „Pappenheimer Bürger“ gestrichen werden solle. Mit 8 zu 6 Stimmen entschied man sich für eine Streichung. Die folgende Abstimmung über den veränderten Antrag erhielt ebenfalls 8 zu 6 Stimmen für diesen Antrag. Bemerkenswert ist, dass innerhalb der einzelnen Fraktionen bei den Abstimmungen keine einheitlichen Richtungen zu erkennen waren und der SPD-Antrag mit Stimmen aus anderen Fraktionen eine Mehrheit fand.

Manfred Kreißl

Liebe Pappenheimerinnen und Pappenheimer,
der SPD-Ortsverein und die SPD-Stadtratsfraktion
Pappenheim wünschen Ihnen
ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2007!